

17. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 25. OKTOBER 2005

Vorlage Nr. 436 ANFRAGE
Zu TOP 23

A N F R A G E

der Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) vom 21. September 2005

Städteräumliche Integration

Anfrage:

1. In welchen Karlsruher Stadtteilen und Wohngebieten ist die verstärkte Bildung "ethnischer Quartiere" zu beobachten?
2. Werden in diesen Quartieren "überforderter Nachbarschaften" beobachtet? Wenn ja: Welcher Art sind diese Konflikte und welches sind deren häufigste Ursachen? Gibt es präventive Lösungsansätze mit denen von Seiten der Stadt versucht wird, das Entstehen "überforderter Nachbarschaften" zu verhindern?
3. Welche Strategie verfolgt die Verwaltung hinsichtlich der Ansiedlung von MigrantInnen im Stadtgebiet? Wird versucht, die Segregation bestimmter Bevölkerungsgruppen in Quartieren gezielt zu verhindern oder wird dies als Faktum akzeptiert?
4. Welche Aktivitäten werden von städtischer Seite unternommen, um die gesellschaftliche Integration von MigrantInnen insbesondere in Quartieren zu fördern, die besonders stark durch Segregationsbestrebungen geprägt sind?

Sachverhalt/Begründung:

MigrantInnen leben häufig in Quartieren, die aufgrund fehlender Ressourcen als benachteiligende Quartiere bezeichnet werden können. Eine städteräumliche Integrationspolitik muss sich dieses Themas offensiv annehmen. Bisher wurde in Kommunen und Wohnungsbauunternehmen überwiegend das Ziel der "ethnischen Mischung" verfolgt. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, eine unter Einheimischen verstreut wohnende MigrantInnenbevölkerung werde sich eher integrieren. Dies entspricht auch den Forderungen des Baugesetzbuches nach einer Vermeidung "einseitiger Bevölkerungsstrukturen" (§1 Abs.5 S.2)

Die Expertengruppe des Projektes "Zuwanderer in der Stadt" (Schader-Stiftung 2005) stellt dagegen in ihrer aktuellen Studie die These auf, dass sich moderne Zuwanderungspolitik der Realität einer Segregation von MigrantInnen-Gruppen in bestimmten Quartieren stellen muss. Anstatt diese zu unterbinden, sollte der Studie zufolge nach Wegen gesucht werden, in solchen Quartieren attraktive Lebensverhältnisse zu schaffen und gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern.

gez. Bettina Lisbach

Hauptamt - Sitzungsdienste -
12. Oktober 2005

Stellungnahme: